

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom Dienstag, 03.06.2003

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister W. Brilmayer
Schriftführerin: Pfleger

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, die Stadträtinnen Gruber, Hülser (für Stadtrat Brilmayer F.), Rauscher und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, Schechner A, Schechner M. jun. und Schechner M. sen..

Stellv. Bürgermeister Ried und Stadtrat Brilmayer F. waren entschuldigt.

Herr König und Frau Pfleger nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Bürgermeister Brilmayer stellte einleitend fest, dass keine Bürgeranfragen vorliegen.

TOP 1

Neugestaltung des Pausenhofes im Schulgebäude an der Baldestraße;
Ortsbesichtigung

öffentlich

Konrektor Friedl, der Leiter des Arbeitskreises "Schulhof", erläuterte dem Ausschuss vor Ort detailliert die einzelnen Maßnahmen und Projekte, die bisher zur Neugestaltung des Pausenhofes im Schulgebäude an der Baldestraße verwirklicht wurden. Dazu gehören insbesondere der Bauerngarten, das Stelzenhaus, das "grüne Klassenzimmer", die Litfaßsäule, der Weidentunnel und die Verlegung eines neuen Pflasters im gesamten Eingangsbereich der Schule.

Herr Friedl hob die Vorzüge der gemeinsamen Projektausführung durch Schüler, Lehrer und Eltern nach dem "Dillinger Konzept" hervor, die zu einer hohen Identifikation mit den neuen Einrichtungen geführt habe und zudem verschiedenste Elemente der Lehrpläne der Grund- und Hauptschule in der Praxis verwirklichen lasse. Die Arbeiten zur Errichtung des neuen Schulhofes und seine Pflege werden komplett in Unterricht und Schulbetrieb eingebunden; dieser Anschauungsunterricht vor Ort hat sich als enorm gemeinschaftsfördernd erwiesen. Herr Friedl betonte auch die weitreichende Beteiligung von Sponsoren und die intensive Unterstützung durch den städtischen Bauhof.

Für die beiden bisher abgeschlossenen Bauabschnitte seien bisher von allen Beteiligten bereits ca. 2.400 Arbeitsstunden geleistet worden; bei Vergabe an Firmen wären dabei geschätzte Kosten in Höhe von 120.000,00 € entstanden.

Für die nahe Zukunft sind weitere Elemente wie z. B. eine Teichanlage, ein Theatron und ein Burgberg geplant. Trotz weitreichender Eigenleistung und Zusagen von Sponsoren müssen hierfür Gelder von Seiten der Stadt aufgebracht werden.

Herr Friedl erläuterte abschließend, dass der neue Schulhof bewusst nicht nur den Schülern während der Schulzeiten zur Verfügung stehe, sondern auch eine Nutzung durch alle Ebersberger in den Nachmittagsstunden und in den Ferienzeiten gewollt sei. Dies werde bereits gut angenommen. Der neue Schulhof stelle damit nicht nur eine schulische Einrichtung dar, sondern bilde ein wichtiges städtebauliches Element.

Der Sozialausschuss zeigte sich einmütig begeistert von der Neugestaltung des Schulhofes und von der Art und Weise der Ausführung. Bürgermeister Brilmayer bedankte sich im Namen aller Stadträte stellvertretend bei Herrn Friedl für die geleistete Arbeit und den idealistischen Einsatz der AK- Mitglieder.

TOP 2

Einrichtung einer Schülerbetreuung im Schulgebäude an der Floßmannstraße;
Ortsbesichtigung

öffentlich

Die ehemaligen Räume des Jugendzentrums im Schulgebäude an der Floßmannstraße werden derzeit durch den städtischen Bauhof für die neue Schülerbetreuung der Volksschule Ebersberg saniert und umgebaut.

Der Ausschuss überzeugte sich vom Fortgang der Arbeiten und wurde gleichzeitig über den nötigen finanziellen Aufwand und den Stand der Anmeldungen (derzeit ca. 8 Schüler für die Nachmittagsbetreuung und 20 - 25 Schüler für die Mittagsbetreuung) informiert.

TOP 3

Kindergartensituation; Bericht

öffentlich

Der Ausschuss wurde zunächst über die momentane Anmeldesituation in den vier Ebersberger Kindergärten informiert. Von 363 angebotenen Kindergartenplätzen sind für das Kindergartenjahr 2003/2004 derzeit 355 Plätze belegt; im Kindergarten St. Benedikt gibt es 8 freie Plätze, im Kindergarten "Die Arche" besteht eine Warteliste von ca. 6 Kindern. Dabei handelt es sich jedoch meist um Geschwisterkinder, die unbedingt diesen Kindergarten nutzen wollen. Statistisch gesehen erheben für das Kindergartenjahr 2003/2004 89,2 % der in den relevanten Jahrgängen gemeldeten Kinder Anspruch auf einen Kindergartenplatz.

Die zum Zeitpunkt der Anmeldung im März bestehenden 20 freien Plätze wurden inzwischen (bis auf die 8 Plätze in St. Benedikt) mit Kindern aus anderen Gemeinden "aufgefüllt"; ab dem kommenden Kindergartenjahr soll deshalb für diese Kinder die anteiligen Kosten der Stadt je Platz den betreffenden Kommunen in Rechnung gestellt werden. Für eine Beteiligung der Gemeinden an den Kosten besteht jedoch keine gesetzliche Verpflichtung.

Die verbleibenden freien Plätze sollen nach Möglichkeit mit jüngeren Kindern bzw. mit den zu erwartenden Kindern der Spätaussiedler belegt werden.

Bürgermeister Brilmayer berichtete dem Ausschuss über die Umsetzung der vom Sozial- und Finanzausschuss beschlossenen Sparmaßnahmen im Kindergartenbereich. Die 15%ige Erhöhung der Beiträge wurde von den Trägern akzeptiert, die Eltern wurden inzwischen ent-

sprechend informiert. Gleichzeitig wurden in Gesprächen mit den einzelnen Trägern verschiedene Einsparmöglichkeiten im Personal- und Sachkostenbereich angeregt.

Durch die Einsparung von Zusatzkräften, die über die übliche Personalausstattung hinaus beschäftigt wurden, kann voraussichtlich der städtische Anteil an Personalkosten in Höhe von ca. 38.000,00 € eingespart werden.

Da die 15%ige Erhöhung zu hohen Einzelbeiträgen führt und damit eine große Belastung für Familien darstellt, schlug Bürgermeister Brilmayer vor, diese Einsparung an die Familien weiter zu reichen und die Beitragserhöhung in diesem Umfang auszusetzen. Dies würde bedeuten, dass die in Höhe von ca. 12,00 € vorgesehene Beitragserhöhung je Kindergartenplatz um ca. 5,00 € bis 7,00 € geringer ausfallen könnte. Insbesondere müsse eine stärkere Entlastung von Familien, die mehrere Kinder gleichzeitig im Kindergarten angemeldet hätten, durch eine höhere Beitragsermäßigung für Geschwisterkinder erwogen werden.

Bürgermeister Brilmayer betonte, dass die Stadt trotz Beitragserhöhungen und Sparmaßnahmen pro Jahr derzeit immer noch ca. 1340,00 € je Kindergartenplatz aufwende.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde der Vorschlag allgemein unterstützt; insbesondere eine Erhöhung der Geschwisterermäßigung wurde für wichtig befunden. Um dies zu erreichen, könnte auch eine geringere Minderung der Anhebung der Grundbeiträge in Kauf genommen werden.

Auf Anfrage erklärte Bürgermeister Brilmayer, dass sich im Fall der Nutzung von Kindergärten in anderen Gemeinden durch Ebersberger Kinder die Stadt erst an den dortigen Kindergartenkosten beteiligen könne und werde, wenn alle eigenen Kindergartenplätze belegt seien.

Der Sozialausschuss beauftragte einstimmig mit 9 : 0 Stimmen die Verwaltung, mit den Kindergartenträgern über eine Reduzierung der vorgesehenen Beitragserhöhung ab dem Kindergartenjahr 2003/2004 und eine Anhebung der Geschwisterermäßigung im Umfang der durch die Personalreduzierungen für die Stadt zu erzielenden Einsparungen zu verhandeln.

TOP 4

Kindergartenbus;
Weiterführung des Betriebes

öffentlich

Im laufenden Kindergartenjahr 2002/2003 wird die Einrichtung von ca. 47 Kindern genutzt, die mit 7 Bussen befördert werden; davon fahren 33 zweimal täglich und 14 nur einmal am Tag; 13 Kinder wohnen nicht im ehemaligen Gemeindegebiet Oberndorf (4 davon werden den Kiga auch im kommenden Jahr besuchen).

Der Elternbeitrag beträgt derzeit 35,00 €/Monat; er wurde auf der Grundlage der Nutzerzahlen des Jahres 2000 und unter Berücksichtigung der Vereinbarung mit dem BRK vom Juni 2001, die eine dreistufige Anhebung der Unkostenbeiträge an das BRK vorsieht, kalkuliert. Trotz der vereinbarten Anhebungen, deren letzte Stufe im Kindergartenjahr 2003/2004 zum Tragen kommt und auf deren Grundlage sich ein Elternbeitrag von 42,00 € errechnet (s. SozA-Beschluss v. 22.05.01), wird laut Auskunft des BRK dort noch keine Kostendeckung erreicht. Da der Kreisverband in diesem Bereich jedoch keine Gelder aus anderen Bereichen zuschießen darf, ist für das Kindergartenjahr 2004/2005 mit einer weiteren Anhebung des Unkostenbeitrages zu rechnen.

Im Kindergartenjahr 2003/2004 entstehen der Stadt laut Vertrag mit dem BRK pro Bus Kosten in Höhe von 4.162,50 € (185 Tage zu je 22,50 €); bei voller Auslastung und bei Abschluss von „Halbbuchern“, die den Bus nur morgens oder mittags nutzen, bedeutet das pro Kind und Monat dann Kosten von ca. 54,00 €, freie Busplätze sind dabei nicht berücksichtigt (Risiko trägt die Stadt).

Zur Reduzierung dieser Elternbeiträge auf 42,00 € muss die Stadt bei Einsatz von 5 Bussen ca. 4.650,00 € zuschießen; eine Beibehaltung des derzeitigen Betrages von 35,00 € würde einen Zuschuss in Höhe von ca. 7.350,00 € erforderlich machen;

Im kommenden Kindergartenjahr 2003/2004 werden ca. 35 – 40 Kinder aus dem ehemaligen Gemeindegebiet Oberndorf die Kindergärten besuchen.

Bürgermeister Brilmayer stellte fest, dass der für die Eltern Zeit aufwändige und für die Umwelt belastende Kfz- Verkehr, der entstünde, wenn jedes Kindergarten Kinde einzeln in den Kindergarten gebracht und von dort abgeholt werden müsse, möglichst auch weiterhin vermieden werden sollte. Die Kosten, die den Eltern für den Kindergartenbus entstünden, wenn die Beteiligung der Stadt - wie im Rahmen der Sparberatungen beschlossen - wegfallen, seien jedoch für die jungen Familien sehr belastend. Es sollte deshalb eine Möglichkeit gefunden werden den städtischen Zuschuss - wenigsten in der Größenordnung von ca. 4.600,00 € - zu finanzieren, so dass dann für die Eltern ein tragbarer Monatsbeitrag von 42,00 € verbliebe. Er schlug hierzu vor, die Auslastung des Stadtbusses im Bereich der Haltestellen in Südwest, die auf Kosten der Stadt bedient würden, zu überprüfen. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit würde der Bus nur in geringem Ausmaß genutzt, so dass wahrscheinlich einige Fahrten gestrichen werden könnten. Um den genannten Betrag von 4.600,00 € zu finanzieren müssten dies ca. 6 Fahrten und die Fahrten an den Wochenenden sein. Für die nächsten Tage sei eine genaue Zählung der Zu- und Aussteiger an den einzelnen Haltestellen organisiert worden. Anhand des dann vorliegenden Ergebnisses sollte der zuständige Technische Ausschuss über den Busbetrieb beraten.

Der Ausschuss beurteilte diesen Vorschlag einhellig positiv; die Wahl zwischen einem beinahe leeren Stadtbus und mindestens 30 täglich zweimal bewegten Pkw's sei eindeutig zu treffen.

Auf Anfrage erklärte Bürgermeister Brilmayer, dass der Stadtbus mit Auslaufen des derzeitigen Fahrplanes im Dezember gekündigt werden könne.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, den Technischen Ausschuss mit der Prüfung von Möglichkeiten zur Streichung aller oder einzelner, von der Stadt alleine finanzierter Fahrten des Stadtbusses im Bereich Hupfauer Höhe zu beauftragen. Nach Möglichkeit sollten Einsparungen im Umfang von mindestens 4.600,00 € erreicht werden, um mit diesem Betrag den städtischen Zuschuss für den Kindergartenbus aufrecht zu erhalten. Sofern auf diese Weise die Bezuschussung weiter möglich wird, soll der Kindergartenbus zu folgenden Bedingungen angeboten werden

- Elternbeitrag: 42,00 € je Monat (von September bis einschl. Juli);
- Angebot nur für Kinder, die im ehemaligen Ortsgebiet Oberndorf wohnhaft sind;
- ausschließlich Buchung ganzer Plätze, keine Möglichkeit Fahrten nur morgens oder mittags zu buchen;
- Einsatz von maximal 5 Bussen mit 35 Plätzen;
- sofern mehr Kinder angemeldet werden, erfolgt die Auswahl nach der weiteren Entfernung des Wohnortes.

TOP 5

Bauland für Einheimische;
Überarbeitung des Kriterienkataloges

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer berichtete, dass dieser Tagesordnungspunkt zunächst in nicht öffentlicher Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses am 20.05.03 vorberaten worden sei.

Um die Vergabe des Baulandes für Einheimische, das in ca. einem Jahr zur Ausweisung komme, zu regeln, mussten die bestehenden Vergabekriterien anhand der bisher gewonnenen Erfahrungswerte überarbeitet werden.

In die Tischvorlage seien inzwischen die Anregungen des Sozialausschusses eingearbeitet worden; hierüber sei nun im einzelnen zu beschließen.

Der Sozialausschuss diskutierte die einzelnen Punkte des Kriterienkatalogs nochmals eingehend im Detail. In einer regen Aussprache besprach er u. A. die Beschränkung der Bonuspunkte für junge Familien und entsprechende unverheiratete Bewerber auf verschiedengeschlechtliche Paare. Von einigen Stadträten wurde dies als Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren angesehen; dem wurde entgegengesetzt, dass durch diese Regelung insbesondere Familien mit Kinderwunsch Vorteile gewinnen sollten, dieser aber bei gleichgeschlechtlichen Paaren nicht oder nur in Ausnahmefällen - die dann gesondert geregelt werden könnten - verwirklicht werden könnte.

Im Einzelnen fasste der Sozialausschuss folgende Beschlüsse:

- zu Ziff. 1.4: Streichung der in die Tischvorlage zunächst eingearbeiteten Worte *"sowie Antragsteller im Sinne der Ziff. 1.3, die bei offizieller Antragstellung noch nicht länger als 12 Jahre auswärts arbeiten"*. - **Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen**.
- zu Ziff. 3.1: Streichung der gesamten Ziffer. - **Mit 7 : 1 Stimmen** (Stadtrat Schechner M. sen. war bei Beschlussfassung vorübergehend abwesend)
- zu Ziff. 5.2.1: - Ersetzen der Zahl 40.000,00 € mit der Zahl 30.000,00 €,
- Ersetzen des Sätze 5 und 6 dieser Ziffer durch folgende Sätze: *"Maßgebend ist grundsätzlich die Summe des Einkommens im Sinne der §§ 20 bis 23 des Wohnraumförderungsgesetzes (WoFG). Die Angaben sind durch geeignete Unterlagen zu belegen."* - **Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen**.
- zu Ziff. 5.2.2: Neuformulierung des Satzes 4 und Anfügen der Sätze 5 und 6 wie folgt: *"Besteht bei Antragstellung eine Schwangerschaft, wird nach Vorlage des Mutterpasses auch ein ungeborenes Kind angerechnet. Eine anrechenbare Behinderung liegt vor, wenn der durch das zuständige Versorgungsamt festgelegte Grad der Behinderung 100% oder mindestens 80% i. V. m. dem Merkzeichen "G" beträgt. In begründeten Einzelfällen kann die Stadt eine Begünstigung für Behinderte auch bei geringerer Minderung des Erwerbes (MdE) gewähren; dabei ist ein strenger Maßstab anzuwenden."* - **Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen**
- Zu Ziff. 5.2.3: Beibehaltung des Wortes "verschiedengeschlechtliche" - **Mit 6 : 3 Stimmen**
- zu Ziff. 5.2.6: Streichung der gesamten Ziffer. - **Mit 7 : 2 Stimmen**

Darüber hinaus beschloss der Ausschuss **einstimmig mit 9 : 0 Stimmen** alle weiteren in der Tischvorlage enthaltenen Änderungen.

Dem Protokoll liegt jeweils eine Exemplar der Tischvorlage und der neuen Fassung des Kriterienkataloges als Anlage bei.

TOP 6

Verschiedenes;
Benennung einer Straße in Oberndorf
öffentlich

Bürgermeister Brilmayer informierte den Ausschuss, dass entsprechend dem Beschluss des Kulturausschusses vom 20.05.03 die Liste der möglichen Namen für die neue Straße in Oberndorf der dortigen Ortsgemeinschaft zur Kenntnis gebracht wurde . Die Oberndorfer hätten sich daraufhin für eine Benennung in "Kurat- Luber-Weg" ausgesprochen (s. Schreiben vom 02.06.03).

Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die neue Straße in Oberndorf "Kurat-Luber-Weg" zu benennen.

TOP 7

Wünsche und Anfragen
öffentlich

Es wurden keine Wünsche und Anfragen vorgetragen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 22.00 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Pflegler
Schriftführerin